

**:DENKEN**

# Verfolgung heute

Die Sonnen- und Schattenseite  
der Religionsfreiheit



Die eine Hälfte der Christenheit genießt die Sonnenseite der Religionsfreiheit. Keine große Religionsgemeinschaft hat einen so hohen Prozentsatz an Mitgliedern, die unbehelligt ihre Religionsfreiheit leben können. Das hat natürlich damit zu tun, dass fast alle ehemals „christlichen“ Staaten heute Religionsfreiheit gewähren.

Andererseits hat keine Religionsgemeinschaft mit Ausnahme der Baha'i einen so hohen Prozentsatz an Angehörigen aufzuweisen, die von ständigen Schikanen bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben betroffen sind. Die Angehörigen der größten Weltreligion machen wenigstens 75 % aller Opfer von Verletzungen von Religionsfreiheit aus. Die Gewalt gegen Christen reicht vom Mord an Nonnen in Indien über das Abfackeln von Kirchen in Indonesien und dem Verprügeln von Missionaren in Ägypten über die Folter eines widerspenstigen Pfarrers in Vietnam bis hin zur Verstoßung eines Juden aus einer orthodoxen Familie in Israel, weil er zum jüdischen Messianismus übergetreten ist.

„Im beschaulichen Mitteleuropa braucht es ein gehöriges Maß an Vorstellungskraft, um sich auch nur annähernd in die tägliche Lebenswirklichkeit von Millionen anderer Christen hineinzudenken. Nimmt man internationale Rechtsstandards als Maßstab, so ist die Lage dieser Christen oft eine einzige Katastrophe. Ein Desaster, an das sich alle Beteiligten gewöhnt haben und das von unserer säkularen Gesellschaft - wenn überhaupt - nur dann ansatzweise zur Kenntnis genommen wird, wenn außergewöhnlich starke Erschütterungen Flüchtlingsströme über die Welt spülen. Die täglichen Entrechtungen und Demütigungen, sie fallen nicht weiter auf. Dabei ist die Liste der Staaten, in denen Christen diskriminiert, ja zum Teil heftig diskriminiert oder verfolgt werden, bedrückend lang. Dazu zählen neben Indien, in dem extremistische Hinduisten für eine Vielzahl

von Gewaltverbrechen an Christen verantwortlich sind, vor allem die verbliebenen Einparteiendiktaturen sozialistischer Prägung und auch das neomarxistische Regime in Eritrea. Bei der Mehrheit der Länder, in denen Christen um ihres Glaubens willen leiden, handelt es sich allerdings um islamisch geprägte Staaten.“ \*

## Bedrohte Religionsfreiheit

*„Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich und privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beobachtung religiöser Bräuche zu bekunden.“*

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

*„Niemand soll einem Zwang unterworfen sein, der seine Freiheit beschränken würde, einer Religion oder Glaubensüberzeugung seiner eigenen Wahl anzuhängen oder diese anzunehmen.“*

Artikel 18.2 des UN-Abkommens über bürgerliche und politische Rechte

In vielen Ländern der Welt werden nach wie vor Menschen diskriminiert oder verfolgt, nur weil sie eine bestimmte religiöse Überzeugung haben. Religionsfreiheit und Menschenrechte stehen in einem engen Zusammenhang: In Ländern, in denen die Religionsfreiheit eingeschränkt ist, wird häufig auch gegen andere Menschenrechte verstoßen.

Donato Lama, ein katholischer Philippiner, hatte seit 15 Jahren in Saudi Arabien gearbeitet, als Polizisten bei der Durchsuchung seiner Wohnung ein Foto fanden, auf dem er bei einer katholischen Andacht zu sehen war. Daraufhin wurde er verhaftet, zwei Wochen ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, in Handschellen und Beinfesseln gelegt und geschlagen. Man warf ihm vor, er habe für das Christentum missioniert. Schließlich wurde er zu anderthalb Jahren Gefängnis und 70 Peitschenhieben verurteilt.

Im Bericht der US-Regierung zur Religionsfreiheit heißt es zu Saudi-Arabien kurz und bündig: „Religionsfreiheit existiert nicht. Der Islam ist offizielle Religion und alle Bürger müssen Muslime sein. Die Regierung verbietet die öffentliche Ausübung anderer Religionen. ... Die Bekehrung eines Muslim zu einer anderen Religion ... kann mit dem Tod bestraft werden.“ Auch wenn es nur selten zu Verurteilungen wegen der Bekehrung von Muslimen kommt, weil diese Fälle kaum publik werden, verstößt Saudi-Arabien mit diesem Gesetz gegen Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der das Recht auf Religionswechsel ausdrücklich einschließt. Besonders Christen sind von der Intoleranz der saudi-arabischen Behörden anderen Religionen gegenüber betroffen. Die Mehrzahl der Christen in Saudi-Arabien sind ausländische Arbeitnehmer. Besonders unter den Filipinos finden sich immer wieder katholische und evangelikale Christen, die schikaniert, verhaftet, monatelang in Gewahrsam gehalten, gefoltert und schließlich abgeschoben werden.

Aber nicht nur Gläubige anderer Religionen werden in Saudi-Arabien verfolgt, auch abweichende islamische Auffassungen, die nicht der hanbalitischen Rechtsschule entsprechen, bekämpft die Religionspolizei ‚Mutawwa‘. Neben Schiiten und Mitgliedern islamischer Sekten sind auch Anhänger von drei der vier offiziellen



islamischen Rechtsschulen betroffen. Die Verfolgung von Glaubensgemeinschaften, die von der Staatsreligion abweichen, lässt sich in vielen Ländern beobachten. Ein anderer weltweiter Trend wird in Saudi-Arabien deutlich: Immer weniger werden Fälle, die die Religionsfreiheit betreffen, vor Gericht verhandelt sondern mehr und mehr Geheimdiensten überlassen.

In Staaten, in denen die Religionsfreiheit eingeschränkt wird, werden häufig auch andere Menschenrechte missachtet. Zwischen beiden Themen besteht ein enger Zusammenhang: Millionen von Menschen werden nur deshalb in ihren Menschenrechten verletzt, weil sie eine bestimmte Glaubensüberzeugung haben. Und Christen sind hier besonders betroffen, denn ihre Zahl wächst derzeit besonders schnell in Ländern, die Menschenrechte wenig achten, wie etwa China.

### Menschenrechte und Religionsfreiheit

Menschenrechte und Religionsfreiheit haben einen gemeinsamen Ursprung. Die ersten Menschenrechtskataloge entstanden in Frankreich im Kampf gegen eine alles beherrschende Kirche. In den USA wurden sie von Menschen formuliert, die zum großen Teil vor der Religionsverfolgung in Europa geflohen waren. So hat die Forderung nach Religionsfreiheit die Entwicklung des Menschenrechtsgedankens mitbestimmt.

An Christen verfolgenden kommunistischen Ländern sind vor allem Kuba und in Asien China, Vietnam und Nordkorea übrig geblieben. Damit lebt aber weiterhin ein Viertel der Weltbevölkerung in kommunistischen Ländern Asiens.

Seitdem das Thema Religionsfreiheit mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus dem Schatten von Kommunismus und Antikommunismus herausgetreten ist, sind die islamischen Staaten, die Menschen in Verbindung mit ihrem Glauben verfolgen, stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Betroffen sind nicht nur Christen. So werden die Baha'is von vielen islamischen Regierungen rücksichtslos verfolgt. In seinem Ursprungsland Iran ist diese aus dem schiitischen Islam entstandene neue Religion fast ausgerottet. In anderen Ländern wie Ägypten werden sie auf jede erdenkliche Weise bekämpft. In Turkmenistan verloren die Baha'is ihre Registrierung, weil sie keine 500 turkmenischen Mitglieder nachweisen konnten. Seitdem dürfen sie keine Gottesdienste mehr abhalten. Pro Kopf der Anhänger gerechnet sind die Baha'is die Religionsgemeinschaft, die derzeit weltweit am stärksten verfolgt wird, gefolgt von den Christen auf Platz 2, von denen es in absoluten Zahlen natürlich viel mehr gibt.

In Pakistan muss Blasphemie gegen den Islam und Mohammed gemäß Gesetz mit dem Tode bestraft werden. Christen sind schon durch ihren Glauben immer in Gefahr, der Blasphemie beschuldigt zu

werden. So wurden die Brüder Rasheed und Saleem Masih zu 35 Jahren Haft und hohen Geldstrafen verurteilt, weil sie sich angeblich abfällig über den Islam und Mohammed geäußert haben sollen.

Die Verletzung der Religionsfreiheit nimmt viele Formen an und geht nicht nur von Staaten aus. Auch und gerade religiöse Menschen bekämpfen die Ausübung von Glaubensrichtungen, die von der dominierenden Religion abweichen. Häufig wird diese Verfolgung andersgläubiger Mitbürger vom Staat geduldet oder mindestens nicht verhindert. Dafür sind Indien und Pakistan traurige Beispiele.

Ayub Masih aus Pakistan hat zwei Mordanschläge überlebt. Fanatische Muslime hatten einen Eid geschworen, ihn zu töten. Alle 14 christlichen Familien in seinem Heimatdorf mussten fliehen und untertauchen. Ayub Masih fürchtet sich weniger vor den Behörden als vor islamischen Extremisten. Zwei Christen, deren Todesurteil von Berufungsgerichten aufgehoben worden waren, wurden bereits ermordet.

### Länder ohne Staatsreligion

Aber auch in Ländern ohne Staatsreligion werden Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt. In China wurden Mitglieder christlicher Gruppierungen verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Anhänger charismatischer und unorthodoxer Glaubensrichtungen werden ohne Gerichtsverfahren mit „Umerziehung durch Arbeit“ bestraft, stellt der ai-Jahresbericht fest. 1999 wurde die religiöse Bewegung Falun Gong verboten. Seitdem sind Tausende ihrer Anhänger festgenommen worden, nachdem sie friedlich gegen das Verbot protestiert oder ihre Religion praktiziert hatten. Mehrere von ihnen wurden zu Haftstrafen von bis zu 18 Jahren verurteilt.

Parallel dazu werden in China die Kontrollmaßnahmen gegen andere nicht genehmigte religiöse Gruppen wieder verschärft, darunter alle Kirchen, die sich nicht den beiden offiziellen, staatlich sanktionierten Kirchenbünden anschließen. Dazu gehören die vielen evangelischen, fast ausschließlich evangelikalen Hauskirchen ebenso wie die papstreuen Katholiken, die sich nicht der unabhängigen chinesisch-katholischen Kirche anschließen wollen. Schätzungen gehen von 60 Millionen Protestanten in Hauskirchen und 8 Millionen römisch-katholischen Christen im Untergrund aus. In Tibet werden Buddhisten von den chinesischen Behörden verfolgt. Nach wie vor befinden sich Hunderte buddhistischer Nonnen und Mönche in Haft.

In Kuba erhalten evangelikale Gemeinden immer wieder Besuch von Geheimpolizisten, die evangelistische Aktivitäten unterbinden wollen. Auf der Straße über den Glauben zu sprechen, wird schwer bestraft. Kirchenbauten werden praktisch immer verboten und Renovierungen behindert, private Treffen sind strafbar. Trotzdem schätzt man die Zahl der Hauskirchen in Kuba auf über 10.000. Die Regierung Vietnams geht mit massiver Propagan-

da gegen die Christen der einheimischen Stammesvölker vor. Die Aktivitäten richteten sich vor allem gegen 150.000 bis 300.000 Angehörige des Volkes der Hmong, die seit 1985 in einer großen und anhaltenden Erweckung Christen wurden. Die Regierung will die Christen in ihre angestammte Stammesreligion zurückzwingen. Religionsfreiheit definiert die Verfassung Vietnams von 1992 als das Recht, die angestammte Religion weiter ausüben zu dürfen.

## Zwang zur Registrierung

Eine Form der Einschränkung der Religionsfreiheit ist der Zwang zur Registrierung von Glaubensgemeinschaften, wie sie beispielsweise Turkmenistan fordert. amnesty international berichtet in ihren „Concerns in Europe“ über eine Welle von Polizeirazzien gegen protestantische Kirchen. Gottesdienste von Adventisten und Baptisten wurden unterbrochen, Glaubensgemeinschaften aufgelöst und Geldstrafen gegen Geistliche verhängt. Offiziell genießen registrierte Glaubensgemeinschaften Religionsfreiheit. Nicht registrierte Religionsgemeinschaften sind dagegen von amtlichen Schikanen bedroht. Um sich registrieren zu lassen, müssen religiöse Gruppen einige Hürden überwinden. Ein Problem ist dabei der Nachweis von 500 volljährigen Mitgliedern mit turkmenischer Staatsangehörigkeit. Derzeit sind nur die russisch-orthodoxe Kirche und sunnitische Moslems offiziell zugelassen. Christenverfolgung muss nicht immer von der Regierung ausgehen. Gerade in den lateinamerikanischen Ländern, in denen die Drogenmafia oder Guerillaarmeen eine große Rolle spielen, finden sich viele Beispiele von Verfolgung durch örtliche Machthaber. Christen werden leicht zwischen den Fronten zerrieben, besonders, wenn sie selbst gewaltlos bleiben wollen. In Peru leben Christen, insbesondere die Angehörigen der nichtkatholischen Freikirchen, die sich gegen die Mafia, den Drogenhandel und den Staatterrorismus wenden, in ständiger Lebensgefahr. 700 Pastoren wurden ermordet, die Zahl der getöteten Gemeindeglieder ist nicht bekannt. Zudem wurden viele Christen unschuldig als Terroristen inhaftiert. Auch in Kolumbien sind Christen in Gefahr. So entführte eine Befreiungsarmee beispielsweise 150 Teilnehmer einer katholischen Messe, 19 von ihnen sind immer noch nicht freigelassen worden. Die protestantischen Freikirchen sind oft die einzigen sozialen Institutionen, die sich weigern, Schutzgeld zu zahlen und Drogen anzubauen. Die Mafia ermordet Pastoren und zerstört Kirchen. Viele Christen sind in die Städte geflohen, aber eine Erweckung in den Verfolgungsgebieten sorgt dafür, dass es immer neue Opfer gibt.

Immer wieder werden auch religiös motivierte Menschenrechtsaktivisten und Sozialarbeiter bedroht, die sich für verfolgte oder sozial benachteiligte Minderheiten einsetzen. So hat Dionisio Vendresen mehrere Morddrohungen erhalten. Er ist Regionalkoordinator der kirchlichen Organisation

„Commisao Pastoral der Terra“ (CPT) im brasilianischen Bundesstaat Paraná. Die Organisation bekämpft die zunehmende Gewalt in der Region und unterstützt Opfer von Gewaltverbrechen in rechtlichen Fragen.

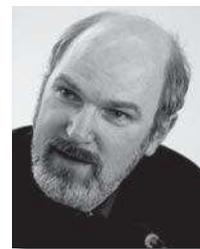
In religiös zerrissenen Ländern wie Sri Lanka, Sudan, Nigeria, Timor, Israel/Palästina, Philippinen und Indonesien gehören bürgerkriegsähnliche Zustände zur Tagesordnung, die oft mit religiösen Fragen verquickt sind und in denen gerade Christen oft zwischen die Fronten streitender Parteien geraten.

Viele christliche Organisationen setzen sich hauptsächlich für verfolgte Christen in aller Welt ein. Dieses Engagement wird häufig kritisiert als Benachteiligung anderer Religionen. So entwickelten sich zwei Debatten des Deutschen Bundestages 1999 und 2007 über Christenverfolgung zu einer Auseinandersetzung über die Frage, ob das Aufgreifen der Christenverfolgung heißen sollte, dass Anhänger anderer Religionen nicht verfolgt würden oder dass Christen wichtiger als andere seien. Bisher war es allerdings immer so, dass ein größerer Schutz der Religionsfreiheit für Christen immer auch mehr Schutz für andere mit sich gebracht hat. Der Bundestag hat denn auch 2007 mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Kampf gegen Christenverfolgung und der Verfolgung anderer Religionen Bestandteil der deutschen Außenpolitik sein soll.

In den USA hat der Einsatz christlicher Organisationen zu Einrichtung einer Kommission aus Vertretern vieler Religionen und Menschenrechtsorganisationen geführt, die jedes Jahr über die weltweite Lage der Religionsfreiheit berichtet. Das Engagement der Christen kommt damit allen Religionen zugute. Die christliche Theologie aller Konfessionen rechnet - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Religionsfreiheit für alle Religionen zum Kernbestand des christlichen Glaubens.

### Thomas Schirmmacher

Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirmmacher (geb. 1960) ist Sprecher für Menschenrechte der Weltweiten Evangelischen Allianz und Direktor von deren 2006 gegründeten Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo). Er ist auch Geschäftsführer des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutschen und der Österreichischen Evangelischen Allianz. Er ist Vorstandsmitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Er ist mit der Islamwissenschaftlerin Christine Schirmmacher verheiratet und hat zwei Kinder.



Auszug aus dem Buch „Christenverfolgung heute“, 2008 Hänssler Verlag, 7,95 Euro (ISBN 3-7751-4908-2). Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

\* Max Klingberg in Max Klingberg, Ron Kubsch, Thomas Schirmmacher. Märtyrer 2007. Bonn: VKW, 2007: 71.